Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 30 Goldpfennig. Geschäfts- und Privatanzeigen 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapeltor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 36 | Duisburg, den 9. September 1924 | 25. Jahrgang

Arbeiterschaft und Wirtschaftsdemokratie

Das Betriebsrätewesen ist heute mehr denn je scharfer Anfeindung besonders aus Unternehmerkreisen ausgesetzt. Es besteht die nicht zu unterschätzende Gefahr der vollständigen Verkümmerung, wenn nicht gar Beseitigung der Betriebsräte und damit des Mitbestimmungsrechtes in den Betrieben. Eine bedauerliche Tatsache ist es, daß wohl der größte Teil des deutschen Unternehmertums aus den Vorkommnissen und Erfahrungen der letzten zehn Jahre wenig oder gar keine guten Lehren gezogen hat. Heute, wo die Wirtschaftslage den Unternehmern gegenüber der Arbeiterschaft eine überlegene Machtstellung eingeräumt hat, frönt man vielfach wieder der bekannten Scharfmacherei der Vorkriegszeit und will den „Herrn-im-Hause-Standpunkt" wieder zur Geltung bringen. Dieses alles geschieht in einer Zeit, wo das deutsche Volk nur unter restloser Zusammenfassung aller Kräfte seinen auswärtigen Gegnern mit Aussicht auf Erfolg Widerstand leisten und neue Lebensmöglichkeiten und Freiheit erringen könnte.

Hier kommt es uns aber weniger darauf an, das verwerfliche Verhalten der Unternehmer zu beleuchten, sondern es scheint uns für die Zukunft heilsam, einmal ein offenes Wort über die Verfehlungen der Arbeiter mit Bezug auf das Betriebsrätewesen zu sprechen. Wenn heute das Unternehmertum über Stöße von Material verfügt, um nachzuweisen, daß die Betriebsräte den beabsichtigten Zweck nicht erfüllt hätten, sondern nur ein Hindernis für eine geordnete Betriebsführung seien, so muß leider zugegeben werden, wie viele Betriebsvertretungen mit linksradikalen Mehrheiten in dieser Hinsicht schwer gefehlt haben. Schon bei Schaffung und Einführung des Betriebsrätegesetzes trat die verfehlte Einstellung eines großen Teiles der Arbeitnehmer störend in die Erscheinung. Man wollte aus den Betriebsräten „Instrumente zur Fortführung der Revolution" machen. Andere verlangten, daß den Betriebsräten und den damit in Verbindung zu bringenden Bezirks- und Reichsarbeiterräten politische Aufgaben und Vollmachten übertragen werden sollten. So wurden von vorneherein die Köpfe verwirrt und die eben neu geschaffenen Betriebsvertretungen der Arbeitnehmer in den Mittelpunkt des politischen Kampfes gezerrt.

Tatsächlich ist dann auch in den Sitzungen mancher Betriebsräte reichlich viel politisiert worden, und das rein gewerkschaftliche Element hatte seine liebe Not, um diesen Mißbrauch der Betriebsvertretungen zu politischen Zwecken einzudämmen und auszuschalten. Viel Zeit und Kraft ist da unnütz vergeudet worden und wichtige Aufgaben gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher Art blieben unerledigt. Ferner ist es sicherlich dem Betriebsrätegedanken nicht förderlich gewesen, wenn diese Einrichtung zur Bekämpfung religiöser Einrichtungen mißbraucht wurde. Wenn z. B. Betriebsräte mit radikalen Mehrheiten glaubten, gegen religiöse Feiertage, wie Karfreitag, Buß- und Bettag, Fronleichnam usw. Sturm laufen zu müssen, so haben sie damit ihre Befugnisse überschritten und den Gegnern des Betriebsrätegesetzes billige Waffen geliefert.

Wie geradezu tolle Verwirrungen möglich waren, zeigt wohl am besten die Tatsache, daß es Arbeiterräte gegeben hat, die ihre vornehmste Aufgabe darin erblickten, die Gewerkschaften zu bekämpfen und möglichst auszuschalten von der Regelung wichtiger Angelegenheiten. Es hat Betriebsvertreter gegeben, die den Belegschaftsmitgliedern empfohlen haben, die Zahlung der Gewerkschaftsbeiträge einzustellen, da das „Kleben von Rabattmarken keinen Zweck habe". Statt die Agitation für die Organisation zu begünstigen, haben manche Betriebsvertreter das Gegenteil getan. Sie haben sich und ihrer Tätigkeit damit aber den Boden entzogen und dürfen sich nicht wundern, daß in solchen Betrieben der Unternehmer heute mit den Arbeiterräten vielfach Jangball spielt. Ohne eine starke gewerkschaftliche Rückendeckung sind die Betriebsräte nicht in der Lage, sich genügend Geltung zu verschaffen. Die gesetzlichen Rechte allein reichen nicht aus für eine erfolgreiche Betätigung.

Abwegig und schädlich ist es ferner, wenn Betriebsräte sich von ihrem eigentlichen Aufgabengebiet ablenken lassen durch Uebernahme von Aufgaben, die besser anderen Stellen überlassen werden. Die tollen Zustände der letzten Jahre haben gewiß dazu beigetragen, daß viele Betriebsräte dem Gedanken nähertraten, die Belegschaften mit Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen zu versorgen. Die Unternehmer haben dieses aus durchsichtigen Gründen vielfach begünstigt. Vieles ist dabei unterlaufen, was nicht geeignet war, die Position der Betriebsräte zu stärken und zu festigen. Es besteht ein grundsätzlicher Unterschied darin, wenn die Betriebsräte entsprechende Wohlfahrtseinrichtungen der Werke überwachen und die Interessen der Arbeitnehmer dabei fördern, als wenn sie sich selber gewissermaßen als Händler produzieren und das Betriebsrätebüro das Aussehen eines Kramladens gewinnt.

Aber auch auf dem gesetzlich und gewerkschaftlich vorgeschriebenen Aufgabengebiet haben die Arbeiterräte manchmal falsch gehandelt. Wenn z. B. einmal gelegentlich einer Konferenz von Arbeiterratsmitgliedern ein Vertreter es als einen besonderen Erfolg seines Arbeiterrates hinstellte, erreicht zu haben, daß sämtliche 20 Arbeiterratsmitglieder freigestellt seien, so mußte doch ohne weiteres klar werden, wie man sich auf falscher Fährte befunden hat. Heute ist unseres Wissens in diesem Betriebe keiner mehr freigestellt. Uebertreibungen rächen sich oft bitter. Auch haben sich viele Betriebsvertretungen in ihrem Ansehen bei den Unternehmern dadurch geschädigt, daß sie es nicht verstanden haben, eine klare und objektive Haltung in strittigen Fällen herbeizuführen. Nicht selten sind die Fälle, wo einzelne Arbeiter sich gegen Arbeitsordnung oder gesetzliche Bestimmungen vergangen haben und der Arbeitgeber von seinem Rechte der Haftbarmachung oder fristlosen Entlassung Gebrauch macht. Wenn die Arbeiterräte glauben, jeden Fall, auch wenn das Unrecht offensichtlich auf seiten des Arbeiters liegt, vertreten zu müssen, so untergraben sie ihren Einfluß und werden schließlich nicht mehr ernst genommen. Es ist auch nicht Sache der Betriebsräte, jede Forderung aus der Belegschaft unbesehen weiter zu verfolgen, sondern es ist in jedem Falle zu prüfen, was möglich, berechtigt und erreichbar ist, und demnach ist zu handeln. Man muß aber zugeben, daß die Betriebsräte im allgemeinen, soweit die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse in Frage steht, segensreich gewirkt haben.

Nicht so gut steht es mit den übrigen Aufgaben, die ihnen das Gesetz zugewiesen hat. Laut Gesetz hat der Betriebsrat auch die Pflicht und Aufgabe, an der Förderung der Wirtschaftlichkeit und der Leistungen des Betriebes mitzuwirken. Ferner die technische Ausgestaltung der Arbeitsmethoden fördern zu helfen. Gewiß darf hier nicht unerwähnt bleiben, daß ehrliche und gutgemeinte Versuche vieler Betriebsräte keine Gegenliebe bei unserem in dieser Beziehung sehr kurzsichtig und engstirnig eingestellten Unternehmertum fand. Aber es hat auch an ernstlichen Bemühungen gefehlt, sich in diesen Dingen Respekt zu verschaffen. Linksradikale Betriebsvertreter huldigten auch nicht selten dem Schlagwort, das etwa so lautete: „Durch hohe Löhne sowie kurze und minimale Arbeitsleistung ist der Kapitalismus auszuhöhlen und zu zertrümmern." Diese Methode hat für die Arbeiterschaft die schlimmsten Folgen gezeitigt, während der Kapitalismus heute fester denn je im Sattel sitzt. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn heute in vielen Betrieben der Großeisenindustrie bei zwölfstündiger Schicht die Stundenleistung um 10 bis 25 Prozent gestiegen ist, — heute, wo der Unternehmer die Peitsche schwingt. Während früher bei achtstündiger Schicht und ausreichenden Ruhepausen die Friedensleistung meist nicht erreicht wurde, wird sie heute vielfach beträchtlich überschritten. Hier wäre ein Arbeitsfeld für die Betriebsräte gewesen, denn manches Unheil in der Arbeitszeitfrage hätte verhindert werden können, wenn die Dinge hier anders gelegen hätten.

Wollen wir die Gefahren für das Betriebsrätewesen, wie sie gegenwärtig von den verschiedensten Seiten sich zeigen, erfolgreich bekämpfen, so sind positive Leistungen der Betriebsräte die wertvollsten Waffen für uns. Zunächst muß rücksichtslos alles ausgeschaltet werden, was einer vernünftigen positiven Wirksamkeit der Betriebsvertretungen hindernd im Wege stand und vielfach noch steht. Die dahin zielende Tätigkeit unserer Betriebsvertreter muß energisch von der christlichen Arbeiterschaft in den Betrieben unterstützt werden. Wenn sich alle christlichen Arbeiter einig sind in diesem Bestreben, dann läßt sich trotz der Agitation linksradikaler Kreise sehr viel erreichen.

Das Produktionsproblem muß energisch und zielbewußt in Angriff genommen werden. Gerade in der gegenwärtigen Zeit ist es wohl allen denkenden Arbeitern voll zum Bewußtsein gekommen, daß das Wohl und Wehe des Arbeiterstandes aufs engste mit dem Gedeihen unserer Wirtschaft und Industrie verbunden ist. Eine blühende Wirtschaft und Industrie kann den Arbeitern vorteilhafte Arbeitsbedingungen und Löhne bieten, und wenn sie es freiwillig nicht tut, so besteht mit Hilfe der Gewerkschaften für die Arbeiter die Möglichkeit, solche zu erringen. Bei einer darniederliegenden Industrie ist in dieser Hinsicht nichts zu machen. Jeder Erfolg zur Steigerung und Verbilligung der Produktion, der durch die Betriebsräte mit Hilfe der gewerkschaftlichen Funktionäre und Mitglieder erreicht wird, dient als Unterlage für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Gerade für die Lösung der Arbeitszeitfrage ist es von entscheidender Bedeutung, den Nachweis zu führen, daß es auch bei achtstündiger Arbeitszeit durch Vervollkommnung der Arbeitsmethoden und Arbeitsintensität möglich ist, die volkswirtschaftlich notwendige Warenmenge zu erzeugen.

Im allgemeinen muß sich der Grundsatz durchsetzen, daß sich die Betriebs- und Arbeiterräte nur im engsten Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich betätigen und durchsetzen können. Alles Gegeneinander oder auch das vielfach hemmende Nebeneinander auf den verschiedenen Arbeitsgebieten hat zu verschwinden und ist zu ersetzen durch zielbewußtes und von gegenseitigem Vertrauen getragenes gemeinsames Wirken für das Wohl der gesamten Arbeitnehmerschaft. Es ergibt sich hieraus auch als selbstverständliche Forderung, daß die Betriebsvertreter sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften und Möglichkeiten an der Förderung der Gewerkschaften beteiligen. Das sollten Selbstverständlichkeiten sein. Da aber im Laufe der letzten Jahre leider sehr oft gegen obige Grundsätze verstoßen worden ist, so ist es nicht überflüssig, es ausdrücklich erneut zu betonen. Alle christlichen Arbeiter haben die Pflicht, sich mit rückhaltsloser Unterstützung und Vertrauen hinter jene Betriebsvertreter zu stellen, die gewillt sind, in der geschilderten Weise zu wirken, und bei den Betriebsratswahlen ist dafür zu sorgen, daß nur solche aus der Wahl hervorgehen.

Das Jubiläum
des 25jährigen Bestehens unseres Verbandes rückt heran.
Am 15. Oktober 1899 wurde er gegründet.
Ortsverwaltungen! Habt Ihr schon
eine Jubiläumsagitationswoche
festgelegt? Diese Woche muß besonders gut vorbereitet werden und unter Aufgebot aller verfügbaren Kräfte vor sich gehen.

Gibt es jemanden, der sich bei solcher Gelegenheit drücken will? Soll es im Christlichen Metallarbeiterverband solche Feiglinge geben?

Es gilt manche Scharten auszuwetzen. Es gilt aber auch, zu zeigen, daß der Geist der heutigen Generation der christlichen Metallarbeiter nicht hinter dem Geist der Gründer zurückbleibt!

In vielen Ortsverwaltungen hat man bereits eine solche Agitationswoche geplant und umfassende Vorbereitungen getroffen. Will euere Ortsverwaltung zurückbleiben?

Alles für unseren Christlichen Metallarbeiterverband!

Schutzzölle und Lebenshaltung

Die Frage der landwirtschaftlichen Schutzzölle hat ein lebhaftes Für und Wider hervorgerufen und sie ist nicht so leicht und einfach zu beantworten, wie sich das manche Leute denken. Wir als christliche Metallarbeiter sind gewöhnt, solche Fragen nicht von der phraseologischen Seite, sondern von großen Gesichtspunkten aus zu betrachten. Gerade deshalb müssen wir aber auch die Frage nach dem Zusammenhang landwirtschaftlicher Schutzzölle und der Lage der Arbeiterschaft aufwerfen. Wir sind gewillt, der Wirtschaft zu geben, was der Wirtschaft ist, aber die wirtschaftlichen Fragen dürfen nicht gelöst werden nur auf dem Rücken der Arbeiterschaft. Auch die Arbeiterschaft weiß, daß sie Lasten mittragen muß, aber nur in einem gewissen Verhältnis zu den anderen Volksschichten. Dem untenstehenden Artikel werden andere folgen, die die Frage der Schutzzölle von handelspolitischen und gesamtvolkswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten.

Die vorsichtige Haltung des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes bzw. des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in der Frage der landwirtschaftlichen Schutzzölle hat in weiten Kreisen unserer Bewegung volles Verständnis gefunden. Wir sind uns vollkommen bewußt, daß es nicht angeht, auf die Dauer einen Produktionszweig allein durch Zölle zu schützen und einen anderen, der — insgesamt gesehen — mindestens annähernd so wichtig ist, ohne jeden Schutz zu lassen. Es bleibt aber unverständlich, wie die Reichsregierung in diesem Augenblick plötzlich mit einer Vorlage, die den Schutz der landwirtschaftlichen Produkte wieder einführt, hervortreten konnte. Es hätte doch eigentlich der Reichsregierung klar sein müssen, daß sie für die Zollvorlage den ungeeignetsten Augenblick sich ausgesucht hat. Es hat sich uns wiederholt der Eindruck in den vergangenen Monaten aufgedrängt, als ob die Reichsregierung und auch die preußische Regierung in dem Bestreben, Finanzen und Wirtschaft in Ordnung zu bringen, völlig übersehen, wie drückend die Lasten und wie ungeheuer die Not für die sozial schwächsten Schichten geworden ist. Die Tatsache allein, daß der preußische Landtag auseinandergehen konnte, ohne endgültige Beschlüsse über die unumgänglichen Erleichterungen bei der Hauszinssteuer zu fassen, spricht Bände und hat bei den Arbeitnehmern eine Verbitterung ohnegleichen hervorgerufen. Tatsache ist, daß heute vielfach Kurzarbeiter, wenn sie auch im Augenblick die Hauszinssteuer gestundet bekommen, doch im Monat mehr Steuern bezahlen müssen, als sie überhaupt Einnahmen haben. Dazu kommt die wachsende Verelendung breitester Schichten durch immer weitere Erwerbslosigkeit und Stillegung von Betrieben. Heute muß jeder Familienvater jeden Pfennig bei seinen Ausgaben überlegen, um überhaupt die allernotwendigsten Lebensmittel für seine Familie beschaffen zu können. An eine Anschaffung von Kleidern und Wäsche, die in den vergangenen Jahren in den Arbeiterhaushaltungen völlig aufgebracht sind, ist heute sowieso nicht zu

zeit die Verarmung unserer Volkswirtschaft nicht so recht erkannte und sich von den Millionen-, Milliarden- und Billionenzahlen irreführen ließ, glaubter auch große Teile der Arbeiterschaft, daß alles Heil von den dauernden Lohnbewegungen kommen werde, und daß man sich um geistige Weiterbildung nicht zu kümmern brauche. Die Zeit der Stabilisierung und die damit eingetretene Gesundungskrisis hat indes manchem die Augen geöffnet. Heute liegen die Dinge so, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch andere Volksschichten in ein geradezu trostloses Elend hineingeraten sind.

Wollen wir aus diesem Elend heraus, dann geht dies nicht auf dem Wege des Abbaus aller Arbeiterrechte, wie das die eingangs erwähnten Kreise glauben tun zu müssen. Nur mit einer geistig hochstehenden Arbeiterschaft, deren wirtschaftliche Lage so ist, daß sie ein auskömmliches Leben führen kann, werden wir uns den Weltmarkt wiedererobern können und dem gesamten deutschen Volke wieder Ansehen verschaffen. Mit einer unzufriedenen, rechtlosen Arbeiterschaft wird und kann unsere Volkswirtschaft nicht gesunden. Das ist auch die Ansicht hervorragender Vertreter der Industrie.

In dieser Erkenntnis haben die christlichen Gewerkschaften seit Anfang ihres Bestehens nachdrücklichsten Wert darauf gelegt, ihre Mitglieder in staatspolitischen, wirtschaftlichen u. kulturellen Fragen zu schulen. Ausgangspunkt ihrer Bildungsbestrebungen ist der Beruf. Einen Beruf haben, d. h. sich für eine bestimmte Tätigkeit berufen fühlen, einen Beruf haben nicht allein des Erwerbs wegen, sondern auch diesen Beruf als Dienst am Volke aufzufassen, das sind die Grundzüge aller Bildungsbestrebungen der christlichen Gewerkschaften.

Wir müssen zu einer wahren Volksgemeinschaft zusammenwachsen. Das setzt ein gegenseitiges Sichverstehen voraus. Geistige Weiterbildung aller in Frage kommenden Volkskreise, geistige Weiterbildung auch der Arbeiterschaft ist der Weg dazu. Der Klassenkampf von oben, wie ihn Scharfmacherkreise im Arbeitgeberlager predigen, führt ebenso ins Verderben, wie der Klassenkampf von unten, den die Sozialisten auf ihre Fahne geschrieben haben.

Die Weiterbildung der Arbeiterschaft

K. W. In den letzten Jahren ist die von der Arbeiterschaft angestrebte und heiß umstrittene Gleichberechtigung im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben zu einem wesentlichen Teile verwirklicht worden. Gegenwärtig sind jedoch einflußreiche Kreise am Werke, diese Gleichberechtigung wieder illusorisch zu machen.

Die Arbeiterschaft muß sich vergegenwärtigen, daß alles Recht und alle Gleichberechtigung letzten Endes nichts, aber auch gar nichts nützt, wenn sie es nicht versteht, die erworbenen Rechte auch praktisch für sich nutzbar zu machen. Dazu ist in erster Linie die genaue Kenntnis der einschlägigen Gesetze notwendig und in zweiter Linie auch ein nicht geringes Maß volkswirtschaftlichen Urteilsvermögens erforderlich. Nur mit Schlagworten und allgemeinen Redensarten, wie man dies namentlich in linksradikalen Kreisen beobachten kann, ist der Arbeiterschaft nicht gedient. Auf diese Art sind auch die erworbenen Rechte weder zu halten noch auszubauen. Die Arbeiterschaft muß vielmehr unablässig bemüht sein, sich geistig weiterzubilden, wozu ihr in den Gewerkschaften, namentlich in den christlichen Berufsverbänden, ausreichend Gelegenheit geboten ist.

Leider konnte in den Inflationsjahren, wo einer Lohnbewegung sofort die andere folgte, die Bildungsarbeit nicht in dem notwendigen Maße betrieben werden, obwohl gerade während dieser Zeit von einer in wirtschaftlichen Fragen gut durchgebildeten Arbeiterschaft manches Uebel hätte vermieden werden können. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterschaft in der Inflations-

denken. Dabei ziehen die Preise für Brotgetreide, Fleisch und Zucker in den letzten drei Wochen sehr stark an, ohne daß bislang irgendein Ausgleich in den Löhnen hätte erreicht werden können. Die in Aussicht stehenden weiteren Erhöhungen der Miete einschließlich Grundsteuer und Hauszinssteuer drohen sowieso den Haushalt der Arbeitnehmer völlig in Unordnung zu bringen. Wer sich einmal über die wirkliche Kaufkraft der Massen unterrichten will, der soll in die Konsumvereine gehen und feststellen, wie stark in den vergangenen Monaten der Umsatz abgenommen hat. Daß in diesem Augenblick eine weitere Erhöhung der Brotpreise infolge Schutzzolles auf landwirtschaftliche Produkte mit der allergrößten Erbitterung aufgenommen werden wird, ist selbstverständlich.

Dazu kommt noch etwas anderes. Die Erbitterung gegen die Landwirtschaft, mag sie im einzelnen berechtigt sein oder nicht, ist in den letzten Jahren bei der städtischen Bevölkerung ganz außerordentlich gewachsen. Wenn auch bei allen verständigen Arbeitnehmern zugegeben werden muß, daß ein großer Teil der Landwirtschaft in einer außerordentlich schwierigen Lage sich befindet, so muß die Landwirtschaft nicht glauben, daß ihre Verständnislosigkeit gegenüber der drückenden Lage der Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren von diesen etwa schon vergessen worden ist. Was ist aus all den schönen Versprechungen geworden, die die landwirtschaftlichen Organisationen vor zwei Jahren gemacht haben, als es sich darum handelte, die Getreideumlage zu beseitigen. Von der Verkürzung des Weges zwischen Erzeuger und Verbraucher hat man seit einiger Zeit nichts mehr gehört. Das landwirtschaftliche Hilfswerk ist allem Anschein nach, sobald es der Landwirtschaft einigermaßen wieder gut ging, völlig in Vergessenheit geraten. Werden überdies landwirtschaftliche Schutzzölle in diesem Augenblick etwas nützen? Besteht nicht vielmehr die Befürchtung zu Recht, daß eine weitere Preiserhöhung durch landwirtschaftliche Zölle in erster Linie dem Zwischenhandel wieder zugute kommt? Der Zwischenhandel verfügt über die noch vorhandenen Vorräte der alten Ernte und zum Teil sogar über die neue Ernte vor ihrer Einbringung, weil ein Teil der Landwirtschaft zur Geldbeschaffung zu Eilverkäufen auf dem Halm gezwungen war. Bietet die Regierung irgendeine Sicherheit, hat sie irgendeinen Plan, um zu verhüten, daß der Zwischengewinn des Handels sich im Lebensmittelverkehr durch die Zölle nicht noch mehr vergrößert?

Wir fragen, was ist aus dem Kartellgericht geworden? Ist es in Sommerferien gegangen, oder hat es sein müdes Haupt heute schon nach einem halben Dutzend Entscheidungen zur dauernden Ruhe gebettet? Ist die absolute Untätigkeit des Kartellgerichts zurückzuführen auf ein Eingreifen des Reichswirtschaftsministeriums, und glaubt dieses gleiche Reichswirtschaftsministerium im selben Augenblick auch noch den Verbrauchern eine Preisverteuerung durch Zölle zumuten zu können? Wir anerkennen ohne weiteres, daß die Landwirtschaft in den vergangenen Monaten für ihre Produkte Preise erhalten hat, die ihre Rentabilität in Frage stellen. Aber von den niedrigen Preisen, die die landwirtschaftliche Produktion erhalten hat, haben die Arbeitnehmer sehr wenig zu spüren bekommen. In demselben Augenblick, wo der Zwischenhandel Gewinne macht, wie sie selbst in der Inflationszeit nicht häufig waren, scheint das preußische Staatsministerium eine Bekämpfung des Wuchers und der Preistreiberei für vollkommen überflüssig zu halten. Die Spannungen zwischen Konsumenten- und Erzeugerpreisen, wie bei Fleisch und Milch, würden in Friedenszeiten jeden Staatsanwalt auf den Plan gerufen haben. Heute aber denkt die preußische Staatsregierung anscheinend nur an den Abbau der Preistreibereiverordnung, der Preisprüfungsstellen und der ganzen Wucherbekämpfung. Wenn man überlegt, daß in diesem preußischen Staatsministerium drei Sozialdemokraten sitzen und daß dieses gleiche Staatsministerium den einzigen Sozialdemokraten, der in den vergangenen Jahren versuchte, auf dem Gebiete der Preiskontrolle etwas Durchgreifendes zu unternehmen, den Landtagsabgeordneten Breczinski, ungefähr zuerst abgebaut hat, so mutet uns allerdings die Agitation gegen die Reichsregierung, die die sozialdemokratische Presse in bezug auf die Agrarzölle betreibt, etwas eigentümlich an.

Wir glauben, daß auch ohne Agrarzölle gleichzeitig der Erzeugerpreis heraufgesetzt und der Konsumentenpreis herabgesetzt werden könnte, wenn Reich und Länderregierungen nur endlich einmal den Mut fänden, energisch gegen den wucherischen Zwischenhandel vorzugehen. Die rechtlichen Mittel dazu sind vorhanden, und bei derartigen Preisspannen, wie wir sie heute vor uns haben, läßt sich eine Wucherbekämpfung, die vielleicht in der Inflationszeit bis zu einem gewissen Grade versagen mußte, bei der heute stabilisierten Mark unseres Erachtens ziemlich erfolgreich durchführen.

Auf alle Fälle aber gibt es bei uns keine Diskussionen über die Agrarzölle, solange, wie es möglich ist, daß durch die Reibereien zwischen preußischem Innenministerium, Wohlfahrtsministerium und Reichsarbeitsministerium man nicht zu der Bildung von größeren Gefahrengemeinschaften kommt, die die wichtigste Voraussetzung für die Besserung der Lage der Erwerbslosen und Kurzarbeiter bilden. Die Arbeitnehmer müssen es ablehnen, so lange auf den Boden sogenannter wirtschaftlicher Notwendigkeiten zu treten, wie der ungeheuerliche Zustand möglich ist, daß die Bürokratie der Länderregierungen die Auszahlung der vom Reichstag beschlossenen und vom Kabinett genehmigten Erhöhung der Erwerbslosensätze von Tag zu Tag aufschiebt. Reichsregierung und preußische Staatsregierung sollten sich einmal klar darüber werden, wie stark die Gärung infolge solch skandalöser Zustände in den Massen geworden ist, und in welchem Umfange die Propaganda radikaler Gruppen an Boden gewinnt. Wenn die Regierung den Schutz eines Berufsstandes durch gesetzgeberische Maßnahmen wünscht, dann hat sie zum mindesten die Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß vorher die Lage der Aermsten und wirtschaftlich Schwächsten erträglich gestaltet wird.

Der gute Wind im Sauerland

Schon wieder einmal wurde uns durch den günstigen Wind ein Rundschreiben auf den Tisch gefegt. Wir lassen es dem Wortlaut nach folgen:

Fabrikantenverein für Plettenberg u. Umgegend.

Plettenberg, den 11. August 1924.

1. Beschluß der Mitgliederversammlung vom 7. August 1924.

In einer eingehenden Aussprache über die Lage der Industrie und Lohnfrage wurde festgestellt, daß durch die bekannten Vorkommnisse im Frühjahr die Lohn- und Akkordsätze in den Betrieben (z. B. für d. Schlosser usw.) soweit über den Tarif hinaus gehen und zwar mehr als dies in den Nachbarbezirken und Hagen der Fall ist. Im Interesse sämtlicher Mitglieder wurde daher die Herabsetzung der Löhne besprochen und zwar durch ein einheitliches Vorgehen in allen Werken, weil die einzelne Firma allein nichts erreichen kann. — Die Generalversammlung faßte demgemäß folgende Beschlüsse:

I. Der Lohntarif wird zum 1. September gekündigt.

2. Die Mitglieder haben schon jetzt (mindestens bis zum 15. Aug.) in den Werken folgenden einheitlichen Anschlag zu machen:

„Wegen der schlechten Geschäftslage sehen wir uns gezwungen, vom 1. September dieses Jahres ab sämtliche Löhne und Akkordsätze zunächst um 10 Prozent zu kürzen."

II. Aussperrung im Baugewerbe.

Die Tarifgemeinschaft der baugewerblichen Arbeitgeberverbände in Rheinland und Westfalen hat den Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes vom 22. 7. 24, welcher eine erhebliche Lohnerhöhung vorsah, abgelehnt. Erneute Einigungsverhandlungen sind gescheitert, wo die Maurergewerkschaften einen Spitzenlohn von 90 Pfg. in der Stunde verlangten.

Da die Gewerkschaften dazu übergegangen sind, einzelne Baustellen zu bestreiken, hat die Tarifgemeinschaft der baugewerblichen Arbeitgeberverbände beschlossen, von Mittwoch, dem 13. August d. J. ab, alle Bauten und Arbeitsplätze des Hoch- und Beton-Tiefbaues stillzulegen.

Unsere Mitglieder werden gebeten, das Baugewerbe in seinem Arbeitskampfe mit allen Mitteln zu unterstützen,

insbesondere keine ausgesperrten Arbeiter einzustellen, sowie die Fertigstellung der Bauten um die Zeit der Aussperrung auf alle Fälle zu verlängern.

Diejenigen Baufirmen, die den Aussperrungsbeschlüssen nicht nachkommen, sind auf die Dauer eines Jahres von sämtlichen Bauarbeiten ausgeschlossen.

Die Mitglieder des Baugewerbes bitten uns, alle Baurechnungen die noch offen sind, rasch zu begleichen, damit nicht finanzielle Not eine Reihe von Baubetrieben zwingt, die Arbeit wieder aufzunehmen und so die Aussperrung zu unterbrechen.

Bei der Tragweite des Tarifkampfes im Baugewerbe und einer Rückwirkung auf die Industrie halten wir eine strikte Durchführung obiger Beschlüsse für selbstverständlich.

III. Statistik über die Zahl der Vollerwerbslosen und Kurzarbeiter.

Um ein Bild über die Beschäftigungsgründe der Industrie zu erhalten, wünscht unser Verband in Iserlohn folgende Angaben für den Bezirk:

1. Die Zahl der Vollerwerbslosen.
2. Die Zahl der Kurzarbeiter in der Woche vom 4.—9. Aug. 1924.

Dem Rundschreiben sind auch alle Firmen wie auf ein Kommando gefolgt. Den Gewerkschaften kündigt man am 14. August den Tarifvertrag, gleichzeitig wird, wie im Rundschreiben angegeben, den Belegschaften der zehnprozentige Lohnabzug bekanntgegeben. Der Fabrikantenverein von Plettenberg scheint ja eine wunderbare Auffassung über den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zu haben. Es wird in dem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß ein einheitliches Vorgehen nur Zweck hat, wann wird dieses auch einmal die Arbeiterschaft von Plettenberg einsehen, ganz besonders diejenigen, welche noch immer glauben, ohne Organisation auskommen zu können?

Nicht das Wort, die Tat machts!

Jammern und Wehklagen, Verdrießlichkeit und Widerspruch sind die heute immer wieder hervortretenden Symptome innerhalb großer Teile der Arbeiterschaft. Trotz aller Vorteile und Errungenschaften auf arbeiterrechtlichem Gebiete, trotz aller Verwirklichung praktischer Gleichberechtigung des Arbeiterstandes, verläßt den Einzelnen oft die Freude an der Standesarbeit. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind an der Mitgliederzahl gegenüber der Vorkriegszeit gemessen noch immer sehr stark. Aber es fehlt häufig **der innere Zusammenhalt, das Standesbewußtsein, der Glaube an die innere Kraft der Bewegung, die Hoffnung zum möglichen Aufstieg, die solidarische Liebe der Kollegen untereinander.**

Das war in der Vorkriegszeit anders. Klein war der Stamm der Organisierten in den Betrieben. Aber der Stamm war wie eine Eiche so wetterfest. Getrennt in den drei großen Richtungen weltanschaulicher Art, steckte in der Anhängerschaft **Grundsatzfestigkeit und Opfergeist, die ungehemmten Tatendrang** und den **Willen zum Vorwärtsschreiten** auslösten. Da gabs kein Stöhnen, kein Nörgeln, nein Mut, Energie, lebendige Mitarbeit und das alles obgleich die Schwierigkeiten bergehoch, gegenüber den heutigen vorlagen. In den Betrieben und öffentlichen Versammlungen waren es die **organisierten** Kollegen, die mit Elan die Masse zu begeistern und zu gewinnen wußten. Die Organisierten drückten den Unorganisierten ihren Willen auf. Wurde eine Lohnbewegung in einem Betriebe eingeleitet, oder war eine solche in einer einzelnen Abteilung im Gange, die Unorganisierten standen unter dem **Bann** des Verbandes, sie wagten keinen Widerspruch und bei allen an der Bewegung Beteiligten war es Evangelium, soll das Werk begonnen und vollendet werden, dann nur durch den Verband, nur durch die organisierten Kollegen. Instinktiv wurde die Bewegung Allgemeingut und kam der moralische Zwang sich dem Verbande anzuschließen.

Heute, leider ihr Verbandsmitglieder, ists nicht selten umgekehrt. Der Ton und die Leier der Versammlungen ist oft das Geplapper der Unorganisierten. Man wagt es heute leider oft die Scheingründe der Beitragsscheuen, der Gelben, der radikalen Novembergewerkschaftler in Arbeiterversammlungen vorzutragen, als Beweis, daß wir auf „verkehrtem" Wege stehen. Wollten die tausenden gewerkschaftlichen „Jünglinge" sich doch einmal die deutsche und besonders die christliche Gewerkschaftsbewegung nach der geschichtlichen Seite betrachten und sich loslösen vom Sprengpulver des die Arbeiter umgarnenden „Ismus", dann wäre schon vieles besser. Welche Lähmung in den Nachkriegsjahren die Einheit der deutschen Arbeiterschaft ergriffen hat, liegt darin klar zutage daß auf einem größeren Werk 1924 bei der Betriebsratswahl nicht weniger als 16 Organisationen sich um die Mandate bewarben, gegenüber vier bei der ersten Betriebsratswahl. Ein gräßliches und jede reale Denkart vernichtendes Milieu muß häufig in den Betrieben vorherrschend sein, nachdem was man in Kollegenkreisen vernehmen kann. Ernste Aufklärung und agitatorische Wucht liegt kaum noch in dem Bewußtsein dringender Verpflichtung eines jeden Gewerkschaftlers.

In diesen Strudel darf sich aber der alte, erfahrene, überzeugte Gewerkschaftler nicht treiben lassen. Klar im Blick nüchtern im Denken und aufrichtig im Wort muß er es als seine Aufgabe betrachten, im Sturm die Ladung zu retten.

Es muß der Mitgliederbestand des Verbandes erhalten und verhindert werden, daß der Druck größere Schwächen zeugt. Als eines der hervorragendsten, erprobten billigsten und erfolgreichsten Mittel muß immer noch die **Hausagitation** angesprochen werden. Es ist unverständlich und von seiten mancher Vorstände wird in geradezu **unverzeihlichem** Leichtsinn das Kapitel der Hausagitation behandelt, bespöttelt, wenn nicht gar sabotiert. Arbeiterratsmitglieder, auf ihre „Erfahrungen im Betrieb prahlend" bringen ein mitleidiges Lächeln hervor, wenn zur Mitarbeit in der Hausagitation aufgerufen wird. Man verharrt im Geist des Widerspruchs, auch dann wenn die Erfolge offen zu Tage liegen und das Verbandsorgan darüber berichtet. Klein ist die Zahl der Mitarbeiter und hier sind es nicht selten Kollegen, die selbst als Hochofen- und Feuerarbeiter ihren freien Sonntag im Dienste der Hausagitation opfern. Wenn das Verbandsorgan in der letzten Zeit berichtete, daß **in 11 Verwaltungsstellen in der Hausagitation 1088 Mitglieder gewonnen** wurden, so ist dieses für unser gesamtes Verbandsgebiet nicht nur beachtens- sondern auch **nachahmenswert.** Leider haben nur 5 Verwaltungsstellen die Zahl der Mitarbeiter angegeben, doch genügen diese Angaben um ermessen zu können, daß häufig eine agitatorische und organisatorische **Müdigkeit** in den Ortsgruppen und bei unseren Funktionären vorliegt. Aber der Erfolg steht immer im Verhältnis zur Mitarbeiterzahl. Es kann nicht Zweck dieser Betrachtung sein auf die **schlimmen Folgen dieser Lauheit** für die Gesamtarbeiterschaft hinzuweisen, aber die Einstellung der Arbeitgeber, ihrer Syndizi und Verbände ist der Ausdruck des in Arbeiterkreisen lagernden Indifferentismus. Wir stehen an der Grenze der Entscheidung.

Noch einiges über die **praktischen Erfahrungen** und den bei der Hausagitation sich für den Werber und dem „verirrten Schaf", ergebenden Vorteile. Zunächst löst der Besuch von zwei Vertrauenspersonen beim zahlungsunwilligen Mitglied oder einem Berufskollegen **Erstaunen und Freude** aus. Erstaunen daß man sich seiner im Verbande als Einzelner erinnert, daß er nicht spurlos aus der Mitgliedskartothek gewischt wurde und Freude, weil ihm Gelegenheit geboten wird, sich einmal unbefangen, frei vom wüsten und leeren Schlagworteffekt der Werkstatt, mit führenden Kollegen der Verwaltungsstelle aussprechen zu können. Wie manche Aufklärung kann da dem Kollegen und seinen Familienangehörigen gegeben werden. Wie mancher Weg wird gewiesen, der die Familie oder den jungen Mann zum erstrebenswerten Ziel führt. Manches Mißverständnis und manche Differenzen irgend welcher Art, doch meist kleinlich von Natur werden erläutert und behoben. In Ruhe und mit Sachlichkeit wird das Wesen, die Aufgaben und das Ziel des Verbandes besprochen. Verständnisvolle Hinneigung auch zu den kleinen Alltagssorgen des Kollegen und seiner Familie bringen im gegenseitigen Gespräch bald einen persönlichen und vertrauenden Ton und **das was sich trennte, bindet sich aufs neue.** Kopfschüttelnd steht man beim einen und bemitleidet die zum Ausdruck kommende Unwissenheit. Beim anderen kommt „Universalwissen", Beschlagenheit, oft gar Gerissenheit zum Ausdruck und gegenseitig wird die Klinge des Wissens gekreuzt. In der einen Familie blüht die Armut und Not aus jeder Tapetenblume und doch tiefes Verständnis für das was notwendig ist um das Arbeiterlos zu bessern u. deshalb **wieder Anschluß an den Verband.** Bei der anderen Familie, erwachsene Kinder, gut eingerichtete Zimmer, behagliches Mobilar, aber weniger Empfinden für den solidarischen Gedanken der Organisation. In einer Dachstubenwohnung verrät Sauberkeit und Ordnung wohltuende Häuslichkeit. Die geräumige Etagenwohnung an anderer Stelle offenbart uns den großen Mangel ästetischer Wohnungsgestaltung. Kitsch und Klitsch an Wänden und auf Schränken und Konsolen verraten wie auch das Gebiet der Wohnungskultur noch brach liegt und zu beackern ist. Vieles könnte noch angeführt werden, wird doch wohl nirgend eine größere Fülle allgemeinen Studiums eröffnet als gerade bei den Hausbesuchen in Arbeiterfamilien. Doch was löst die Hausagitation noch mehr aus? Der Kollege, der in besonderer Art, aus besonderem Anlaß im Hause besucht wurde, wird bestimmt dieses als Neuigkeit anderen Tags im Betriebe mitteilen. Das Für und Wider des Besuches wird erörtert, die gegenseitig ausgetauschten Meinungen des Vortrages werden weiter gesponnen und so ist mit der Hausagitation auch zugleich der Weg für eine ersprießliche Betriebsagitation geebnet.

Alles in allem, es muß in unserem Funktionärapparat wieder Chorgeist eintreten, der Funktionär muß jetzt wieder dabei sein, wenn es heißt: **Wer tut mit?** Wie gegenwärtig die Verhältnisse liegen ist die Hausagitation das beste Werbe- und Bindemittel innerhalb der Mitgliedschaft des Verbandes. Das Interesse an der Bewegung erhält neue Nahrung, der Versammlungsbesuch kann gefördert werden und die Organisation füllt sich mit keimenden Säften zur inneren und äußeren Erstarkung. Deshalb heraus ihr Vorstände, Vertrauensmänner, Arbeiterratsmitglieder, heraus aus der Reserve, es gilt die Front zu halten, es gilt Verstärkungen heranzuführen und nur Arbeit bringt Segen. Z.

Terror von oben

In einer der letzten Nummern unsers Organs schrieben wir über die „Nadelstichpolitik", die von seiten der Arbeitgeber in krasser und scharfer Form gegen die Arbeiter geführt wird. Leider muß auch heute noch einiges darüber gesagt werden. Nicht allein, daß die Arbeiterschaft durch Arbeitslosigkeit in Not und Elend gestoßen wird, auch wenn sie arbeitslos ist, verfolgt sie noch oft der Haß der Arbeitgeber.

Aus der letzten Zeit folgendes: Es gibt Arbeiter, die schon monatelang arbeitslos sind, sich alle Mühe geben, wieder in Arbeit und Verdienst zu gelangen, von Tor zu Tor gehen und um Arbeit betteln. Vielleicht auch in diesem oder jenem Betriebe Arbeit erhalten. Aber weil sie bei ihrem früheren Brotherrn nicht gut angeschrieben standen, weil sie die Arbeiterinteressen in etwas kräftiger Form wahrgenommen haben, werden sie jetzt systematisch verfolgt und von Betrieb zu Betrieb förmlich gehetzt. Arbeiter, die sich bei Arbeitskämpfen des geringsten Vergehens oft unbewußt und durch andere aufgewiegelt, haben zu Schulden kommen lassen, werden aus der bereits angetretenen Arbeit wieder herausgebracht. Ist es doch sogar vorgekommen, daß die Betriebsleitung selbst zu einem Arbeiter sagte, der linksrheinisch in Arbeit eingetreten ist: „Sie wissen doch, daß Sie rechtsrheinisch in der Kreide stehen; aus diesem Grunde müssen wir Sie entlassen. Wir können Sie gut gebrauchen, dürfen Sie jedoch nicht beschäftigen."

Wir bringen unsererseits noch Verständnis für Kampfmaßnahmen auf, wenn dieselben während eines Kampfes getroffen werden. Wenn aber Kämpfe schon monatelang beendet und die auf der Strecke gebliebenen Arbeiter weiterhin in ihrem Fortkommen gehemmt, ja unter Umständen dem Hunger und Elend mit Bedacht überantwortet werden, dann ist kein Wort scharf genug, dieses Gebaren zu geißeln. Dann wundert man sich darüber, daß oft „Radikalismus" Trumpf ist.

Der Arbeiterschaft besonders in der Metallindustrie werden aber in Zukunft die Augen aufgehen, wenn sie im jetzigen Augenblick den Anschluß an die Organisation verpaßt. Wie ein dräuendes Ungewitter hängt die kommende Zeit am wirtschaftlichen Himmel Deutschlands: Not Elend, Knechtung, Drangsalierung jeder Art werden das tägliche Brot sein, wenn die Stunde nicht genützt wird.

Ist das nicht eine scharfe Mahnung, sich eng im Christlichen Metallarbeiterverband zusammenzuschließen? T.

Um die Arbeiterpensionskassen

Kollege Schulze aus Freital übersendet uns folgende Zuschrift zur Aufwertung der Arbeiterpensionskassen, die wir unsern Kollegen zur Kenntnis bringen, ohne vorläufig selbst auf den gesamten Fragenkomplex der Aufwertung und der Arbeiterpensionskassen einzugehen und Stellung zu nehmen.

Bezugnehmend auf den Artikel „Arbeiterlöhne und Beamtengehaltsregelung" in Nr. 29 unseres Gewerkschaftsorgans sei folgender krasser Gegensatz erwähnt.

Ich bin im hiesigen Gußstahlwerk Freital-Döhlen beschäftigt. Wir hatten eine gut fundierte Arbeiterpensionskasse. Das Vermögen von ca. 3 Millionen Goldmark hatten wir jahrzehntelang durch laufende Beiträge und durch Geschenke seitens der Firma zusammengebracht. Von der aufsichtsführenden Behörde waren wir beraten und beauftragt, das Vermögen in mündelsicheren Staatspapieren anzulegen. In dem Vermögen waren so gewissermaßen die mühevollen und opferreichen Früchte unserer Lebensarbeit aufgespeichert, um die wir durch die Inflation gebracht sind.

In einer der letzten Ausschußsitzungen haben wir uns nun mit dem Wiederaufbau beschäftigt. Wir stehen natürlich vor einem Trümmerhaufen, wir können keine Pensionen an unsere alten Veteranen der Arbeit zahlen, wenn keine Beiträge fließen. Aus diesem Grunde haben wir die Kassenverwaltung beauftragt, mit anderen derartigen Pensionskassen in Fühlung zu treten zwecks gemeinsamen Vorgehens bei der Reichsregierung, daß sie uns beim Wiederaufbau behilflich sein soll.

Doch was nun den anfangs meines Schreibens erwähnten krassen Gegensatz anbelangt, ist folgendes:

Es steht doch fest, daß wir als Steuerzahler mit dafür haften müssen, daß die Kriegsverletzten und Hinterbliebenen nicht untergehen. Wir müssen ferner mit unseren Steuern dafür haften, daß der Staats- und Kommunalbeamte, der Lehrer seine Ruhegehälter aufgewertet bekommt. Auch in den Knappschaftskassen der Bergarbeiter sind die Pensionen aufgewertet worden deshalb dürfen auch wir Hüttenarbeiter hoffen, daß uns der Staat nicht verläßt.

Diese Hoffnung ist doppelt begründet, einmal deshalb, weil wir unser Vermögen dem Staat anvertraut haben, und anderseits deswegen, weil der Hüttenarbeiter durch seine außergewöhnlich aufreibende und gefahrvolle Arbeit eines besonderen Schutzes bedürftig ist. Wer wohl die Arbeit des Hüttenarbeiters genau kennt, der weiß, daß er nach einer 20-, 30-, wenn er besonderes Glück hat, nach einer 40jährigen Dienstzeit mit zermürbtem und verschandeltem Körper und mit verkümmertem Geist einer wohl zu gönnenden Ruhe bedürftig ist.

Der Zweck dieses Schreibens soll nun folgender sein, daß in der Oeffentlichkeit unseres Verbandsorgans aufgerollt wird, daß sich der Staat seiner Aufgabe voll bewußt sein soll und nicht dem einen in vollem Maße gibt, während der andere verkommen muß. Ferner sollen die anderen Kollegen in der Hüttenindustrie, wo Pensionskassen vorhanden sind, sich dem gleichen Vorgehen anschließen.

Deutsche Wirtschaft und Weltmarkt

Dr. B. Die auf dem Wege einer Gesetzesvorlage, für die sich der Reichswirtschaftsrat als begutachtendes Organ ausgesprochen hat, beabsichtigte und mittlerweiler vom Reichsrat beschlossene Wiedereinführung von Agrarzöllen unter gleichzeitiger Herabsetzung der Umsatzsteuer darf nicht isoliert betrachtet werden, also als eine Maßnahme für sich. Wir müssen sie vielmehr zu beurteilen suchen unter dem Gesichtspunkt unserer gesamten wirtschaftlichen Lage sowie der sich aus dieser für uns ergebenden Lebensnotwendigkeiten. Das ergibt die Pflicht zu einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise, bei der jegliche politische Nebenabsicht auszuscheiden hat.

Nach dem namenlosen Wirtschafts- und Währungsverfall, den wir in den letzten fünf Jahren in sich ständig beschleunigendem Tempo erlebt haben, muß unsere lebhafteste Sorge die Erhaltung unserer Währung unter allen Umständen sein. Nur dann werden wir innerwirtschaftlich wieder zu befriedigenden Zuständen gelangen, unsere Finanzen dauernd in Ordnung bringen und Wiedergutmachung im Sinne des Dawesgutachtens leisten können. Für die Erhaltung unserer Mark wird aber sehr wesentlich sein der Ausgleich unserer Handelsbilanz als eines Faktors unserer Zahlungsbilanz. Wir werden Einfuhr und Ausfuhr ins Gleichgewicht zu bringen uns bemühen müssen. Dazu ist auf der einen Seite eine starke Steigerung unserer Ausfuhr notwendig, auf der andern Seite eine Eindämmung unserer Einfuhr. Bei Rohstoffen wird da wenig zu machen sein. Denn die brauchen wir notwendig, um Exportwaren zu erzeugen und mit der in diesen enthaltenen Arbeit, die uns das Ausland bezahlt, bzw. für die wir uns dort etwas kaufen können, den Lebensunterhalt von Millionen unserer Mitbürger zu bestreiten. Wenn wir an der Einfuhrseite sparen wollen, so können wir das nur dadurch, daß wir vom Auslande weniger Lebensmittel beziehen. Das hat eine wesentliche Erhöhung der heimischen Lebensmittelerzeugung durch eine leistungsfähige Landwirtschaft zur unbedingten Voraussetzung. Letzteres Problem wird damit zugleich zu einem bedeutungsvollen Gegenstand unserer Handelspolitik.

Diese aber wird für die nächste Zeit neben der Reparationspolitik und in engstem Zusammenhange damit zu dem Hauptteil unserer gesamten Wirtschaftspolitik. Wie auch an dieser Stelle wiederholt betont wurde, ist eine solche Politik der Wiedergutmachung nur möglich bei der Erhaltung der Stabilität unserer Währung und einer gewaltigen Steigerung unserer Ausfuhr. Nur so lassen sich ohne eine Währungsgefährdung Inlandswerte nach dem Entschädigung heischenden Ausland übertragen. Nachdem wir uns lange Zeit durch Markausfuhr nach dem Auslande, solange dieses die Mark annahm, und dann durch Substanzentäußerung über Wasser gehalten haben, müssen wir demnächst wieder mehr auf eine Warenausfuhr bedacht sein. Eine Ware sucht sich zunächst durch die ihr innewohnenden Vorzüge, die sie dem Auslande preiswert und begehrenswert machen, zu diesem hin ihren Weg. Die Bahnen des Auslandsverkehrs vermögen aber bedeutungsvoll zu glätten und damit den Warenabfluß zu fördern eine Außenhandelspolitik, die auf den Abschluß für uns günstiger Handelsverträge bedacht ist, und eine Außenhandelsförderung, die großzügig dieser ergänzend zur Seite tritt.

Auf eine energische Wiederbelebung unseres Außenhandels, mit mit dem wir vor dem Kriege nur hinter England zurückblieben, werden wir uns mit allen Kräften, volkswirtschaftlich wie auch privatwirtschaftlich, ganz neu einzustellen haben. Wenn wir uns als Mittel einer weitblickenden Handelsvertragspolitik einen neuen Zolltarif schaffen, nachdem der letzte vor rund 25 Jahren entstanden war, demgemäß bei dem differenzierteren Charakter sowohl unserer Volks- als auch der gesamten Weltwirtschaft heute wohl kaum mehr brauchbar sein dürfte, so hat der Reichswirtschaftsminister dieser Tage noch erklärt, daß dieser neue Zolltarif „keineswegs hochschutzzöllnerische Tendenzen aufweisen" werde. Dem widerspricht auch nicht, wenn jüngst im Falle der Aufhebung von heute nicht mehr zeitgemäßen Einfuhrverboten teilweise Zollerhöhungen eingetreten sind. Denn in manchen Industriegruppen traf die Aufhebung der Einfuhrverbote völlig veränderte Wirtschaftsverhältnisse. International beträgt nämlich die Geldentwertung im Verhältnis zum Warenwert im Durchschnitt vielleicht 40—50 Prozent, d. h. für Warenwerte, die früher um 100 Geldeinheiten zu haben waren, sind jetzt 140—150 aufzuwenden. Diesen veränderten Verhältnissen mußte dort Rechnung getragen werden, wo sich die Werte beträchtlich gewandelt hatten. Durch solche Erhöhungen soll jedoch nach einer Regierungserklärung dem spätern Aufbau des Zolltarifs in keiner Weise vorgegriffen werden.

Handelsvertragspolitik besagt aber nicht für uns dieses und jenes, sondern stellt auch dem Auslande große Aufgaben. Wenn ein Handelsverkehr im Sinne eines weitgehenden internationalen Güteraustausches und einer Belebung des Welthandelsgeschäfts für uns eine Hochschutzpolitik unangebracht erscheinen läßt, so müssen umgekehrt die Auslandsstaaten mit ihrer Absperrungspolitik der Nachkriegszeit ein für allemal Schluß machen, die uns bisher den Warenabsatz nach dorthin teilweise außerordentlich erschwerte. Zudem: wer im Auslande Wiedergutmachung will, darf der deutschen Ausfuhr keine Schwierigkeiten bereiten. Während wir bis zum 10. Januar 1925 mit der einseitigen Meistbegünstigung zufolge des Vertrags von Versailles in unserer handelspolitischen Betätigung aufs äußerste belastet sind, haben die Ententestaaten gegen deutsche Warenausfuhr Hemmungen auf Hemmungen aufgerichtet. Die Begründung, die man teilweise diesen Sondermaßnahmen gegeben hat — das sogen. deutsche Valutadumping —, ist schon lange seit der Umstellung der deutschen Wirtschaft auf Goldrechnung und erst recht heute mit der Markstabilisierung hinfällig geworden. Im Gegenteile liegen die Dinge so, daß die mit so hohen Zinssätzen und Steuern, wie sie das Ausland nicht kennt, belastete deutsche Erzeugung heute höhere Gestehungskosten hat und deshalb exportunfähiger ist als die es umgebenden übrigen Industriestaaten. So ergibt der letzte Ausweis unseres Außenhandels für Juni zwar einen kleinen Rückgang der Passivität, d. h. des starken Ueberwiegens der Einfuhr über die Ausfuhr, da sich die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen gegenüber dem Mai von 870 auf 730 Millionen Goldmark gesenkt hat, aber anderseits auch eine Abnahme der Ausfuhr von 516 auf 450 Millionen Goldmark, also statt der Ausfuhrsteigerung ein Rückgang der Ausfuhr von Fertigwaren.

So ist in wenigen dicken Strichen die augenblickliche handelspolitische Situation Deutschland — und auch das Ausland — hat also aus den verschiedensten Gründen ein Lebensinteresse an der Wiederherstellung des durch Krieg und Versailler Vertrag bisher stark unterbundenen großen Weltmarktes durch möglichst glatten und durch Hebung der Verbrauchskraft der Völker zu möglichstem Umfang gesteigerten Güteraustausch. Den dahin gerichteten Willen des deutschen Volkes und eine entsprechende Entwicklung der Wirtschaft „hemmt" — ebenfalls nach einer Erklärung des Reichswirtschaftsministers — „die Wiedereinführung der Agrarzölle nicht, sie ist vielmehr, vom Standpunkt unserer handelspolitischen Lage gesehen, ein notwendiger Ausgleich hierfür." — Im Rahmen unserer Gesamtwirtschaft und Handelspolitik lassen sich die Zölle anders tun, als durch parteipolitische Brille gesehen.

Georg Döring 60 Jahre

Am 31. August beging unser Kollege Georg Döring, einer der Pioniere der christlichen Gewerkschaftsbewegung, seinen 60. Geburtstag. Schon früh, als nur schwache Ansätze von Gewerkschaften vorhanden waren, stand Kollege Döring in der Werkstatt seinen Mann, wenn es galt, die Arbeiter- und Menschenrechte gegen die Uebergriffe des Unternehmertums zu verteidigen. Kollege Döring erkannte bald, daß die sozialistische Gewerkschaftsbewegung mit ihrem Haß und Hohn gegenüber dem Christentum für christliche Arbeiter nicht in Betracht kommen könne, und er gründete Ende 1898 in Köln eine Metallarbeitersektion mit dem Namen: Berufsverband der christlichen Metallarbeiter und verwandten Berufe, Sitz Köln-Deutz. Als Vorsitzender dieses Verbandes wurde Kollege Döring auch Pfingsten 1899 zum Kongreß nach Mainz delegiert. Als am 15. Oktober 1899 in Duisburg der christlich-soziale Metallarbeiterverband unter Führung unseres Kollegen Wieber gebildet war, schloß sich ihm Kollege Döring mit der Kölner Gruppe an.

Mit dem Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung wurden auch die Kämpfe heftiger, und Kollege Döring, der in Köln im Vordertreffen stand, wurde gemaßregelt und alle Betriebe in Köln und Umgegend für ihn gesperrt. Heldenhaftes haben die Alten geleistet, und ihre Taten sollten immer als leuchtendes Vorbild vor den Augen der jungen Kollegen stehen. Zwei Jahre lang war Kollege Döring seiner Berufsarbeit ferngehalten und mußte sich als Gelegenheitsarbeiter im wahrsten Sinne des Wortes bei durchschnittlich 10—15 Mark Wocheneinkommen durchschlagen. Was er damals und seine brave verstorbene Frau an Opfern gebracht haben, kann man heute kaum noch ermessen. 1902 wurde er vom christlichen Metallarbeiterverband als Bezirksleiter freigestellt. 1910 infolge eines schweren dauernden Ohrenleidens pensioniert. Unermüdlich ist er auch heute noch für den Verband, soweit es ihm seine Kraft erlaubt, tätig. Kollege Döring ist eine Kampfnatur, ein Idealist der alten Schule und eine goldene Seele. Möge unser „Schorsch", wie er im christlichen Metallarbeiterverband genannt wird, noch viele Jahre in Rüstigkeit und Gesundheit mitschaffen und wirken. Das ist der Wunsch, den ihm unser ganzer Christlicher Metallarbeiterverband zu seinem 60. Geburtstag entgegenbringt.

Kollegen, vergeßt nicht die Werbearbeit für den Verband!

Zur Arbeits- und Volksgemeinschaft

Von Adam Stegerwald.

Bekanntlich hat vor einiger Zeit der Industrielle, Herr von Borsig, in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber" zur Frage der Arbeitsgemeinschaft einen Artikel veröffentlicht, auf den Kollege Stegerwald in längeren Ausführungen antwortete und präzise Fragen stellte. Siehe Verbandsorgan Nr. 28. Herr von Borsig ging jedoch auf die gestellten Fragen nicht ein, sondern suchte durch eine Anzahl neuer Fragen das zu behandelnde Gebiet auf ein anderes Geleise zu schieben. Kollege Stegerwald antwortet ihm darauf in größeren Darlegungen, aus denen wir das Wichtigste herausgreifen.

Für den Fall, daß das Dawes-Gutachten zur Annahme gelangen sollte, dürfte in Deutschland im Vergleich zu den letzten fünf Jahren ein gewisser Ruhepunkt eintreten und die deutsche Wirtschaftsführung festeren, wenn auch sehr unbequemen und steinigen Boden unter die Füße bekommen. Aber gerade dann sind eine Reihe der wichtigsten Fragen zu lösen. Staat und Wirtschaft haben sich jetzt ernsthaft zu fragen: Was muß geändert werden an dem, was vor 1914 war, und daran, was wir von 1918 bis heute erlebt haben. Wir müssen unzweifelhaft zu größerer Staatsvereinfachung kommen. Das Staatsbeamtentum allein ist zur Vorbereitung durchgreifender Staatsreformen nicht geeignet. Die Beamten sehen die Welt fast restlos aus dem Gesichtswinkel ihrer Tagesarbeit und von der Stelle aus, an der sie ihre Spezialarbeit leisten. Auch von den politischen Parteien ist in ihrer gegenwärtigen Gestalt und Zusammensetzung Durchgreifendes kaum zu erwarten. Die deutschen politischen Parteien sind im allgemeinen keine Staatsparteien, können es noch nicht sein, weil sie als Interessenvertretungsgruppen für bestimmte Volksgruppen gewachsen und groß geworden sind. Staatsmann und wahrer Wirtschaftsführer sein, heißt das Ganze sehen, Parteipolitiker dagegen sehen meistens einen Teil des Ganzen.

Wir stehen also vor der Frage: Will die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer neben der Reichsregierung und neben den politischen Parteien auch ihrerseits ein wirkliches und praktisches Wiederaufbauprogramm für Staat und Wirtschaft aufstellen? Wie denkt man sich die Vereinfachung der deutschen Staatsmaschinerie? Wie die Steueraufbringung und möglichst einfache Erhebung? Wie die Gestaltung des deutschen Verkehrswesens nach Erledigung des Dawes-Gutachtens? Wie die Organisation der Wirtschaft, die Zurückführung der kartellmäßigen Bindungen auf das unbedingt notwendigste, die Ausmerzung der vielen, unproduktiv tätigen Zwischeninstanzen und Kräfte in Industrie, Banken und Handel? Wie kann die deutsche Wirtschaft im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage am ehesten wieder in die Weltwirtschaft hineinwachsen? Wie ist die Handels- und Zollpolitik zu gestalten? Wie ist — eine Frage von höchster Bedeutung — die Milderung des gegenwärtigen Spannungszustandes im täglichen Leben erreichbar, wie kann der Arbeit wieder seelischer Inhalt gegeben werden? Von den Darlegungen des Herrn von Borsig habe ich die Auffassung, daß sie zu „ressortmäßig" vom bloßen Wirtschaftspunkt ausgehen, während ich der Auffassung bin, daß auch die Wirtschaftsführung heute die Dinge universell zu sehen, d. h. die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Belange in einer für die Gesamtheit tragbaren Form auf einen Nenner zu bringen hat.

In der

Frage der Arbeitszeit

sehe ich keine für die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften unüberwindbaren Schwierigkeiten. Die These des Herrn von Borsig, die dahin geht, daß die deutschen Arbeiter, um der deutschen Verarmung wirksam entgegenzutreten, und um die uns auferlegten Reparationsverpflichtungen tatsächlich leisten zu können, unbekümmert um die Vorgänge im Auslande eine längere Arbeitszeit auf sich nehmen müßten, stimme ich nicht zu. Auch die sozialistische These, die mit einer bloßen Verbesserung der deutschen Wirtschafts- und Betriebsorganisation und durch planmäßige Pflege der Technik, die durch das Versailler Diktat uns auferlegten Verpflichtungen glaubt abgelten zu können, lehne ich als haltlos ab. Für so naiv darf man die Wirtschaftsführer in Amerika, England, Belgien, Frankreich usw. nicht halten, daß sie in der Not ersonnene deutsche Verbesserungen in der Wirtschafts- und Betriebsorganisation sowie auf dem Gebiete der Technik nicht in kurzer Zeit nachahmen würden. Damit läßt sich also der Vorsprung der Entente-Staaten, die Reparationsleistungen erhalten, während wir solche leisten sollen, nicht ausgleichen. Zudem fehlt heute der deutschen Industrie im Vergleich zum Ausland vielfach das Geld, um technische Verbesserungen größeren Stils in kürzerer Zeit durchführen zu können. Sowohl die von Borsigsche wie auch die sozialistische These kommen mir zu „mechanistisch" vor. Ich stimme Herrn von Borsig darin bei, daß wir uns nicht schematisch an die im Ausland übliche Arbeitszeit und an die dort gezahlten Löhne anlehnen können. Ich widerspreche aber Herrn von Borsig, wenn er glaubt, daß die deutschen Arbeiter überhaupt keine Rücksicht auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse des Auslandes nehmen könnten und sollten. Das würde dahin führen, daß die deutsche Arbeiterschaft infolge des Versailler Diktats tatsächlich zum Arbeitssklaven in der Welt degradiert würde; der Vorwurf des sozialen Dumpings bliebe mit seinen Auswirkungen auf die Absperrzollpolitik gegen Deutschland bestehen. Die Arbeitgeber in England, Belgien, Frankreich, Amerika usw., die in vielfacher Hinsicht unsozialer denken wie viele deutsche Unternehmer, würden die deutschen Arbeitsverhältnisse benützen, um auch in ihren Ländern Arbeitszeit und Lohnhöhe auf das deutsche Niveau herabzudrücken. Das würde bedeuten, daß alles, was im Versailler Diktat für Deutschland ungünstig ist, festgehalten und das für die Arbeiterschaft aller Länder und letzten Endes auch für das unterlegene deutsche Volk Günstige, wieder beseitigt werden würde.

In Genf wurde ausgerufen, daß Deutschland sich sozialpolitisch zum reaktionärsten Land zu entwickeln drohe, daß das Dawes-Gutachten auf der Basis des Achtstundentages aufgebaut sei, und Deutschland trotzdem dauernd 2½ Milliarden an die Entente abführen könne. Nehmen wir doch die Genfer Ententevertreter beim Wort! Halten wir uns an die von uns in Genf verlangte allseitige grundsätzliche Aufrechterhaltung des Achtstundentages, führen diesen nicht besser und nicht schlechter durch wie anderwärts, und beweisen wir damit der Welt, daß Deutschland bei einer ähnlichen Arbeitszeit wie in den anderen Staaten, trotz größter Anstrengung die im Dawes-Gutachten festgesetzten Verpflichtungen nicht durchführen kann. Damit kann der seit vielen Jahren mit allen Mitteln umgebogenen Wahrheit, nämlich, daß ein Krieg von dem Umfange des letzteren eben nicht von einem einzigen Volk liquidiert werden kann, sehr wirksame Vorarbeit geleistet werden.

Die deutsche Einstellung kann meines Erachtens nur die sein, daß wir grundsätzlich an dem Achtstundentag festhalten, daß wir bereit sind, vorübergehend diesen Grundsatz zu durchbrechen, bis wir über das Allerschlimmste hinweg sind, und daß wir uns dann allseitig anstrengen, um im Rahmen des grundsätzlichen Achtstundentages, der nicht schematisch und starr zur Durchführung gebracht werden kann, dasjenige an die Entente zu leisten, was wir tatsächlich bei bestmöglichster Staats-, Wirtschafts- und Betriebsorganisation und vervollkommneter Technik leisten können. Auch über die anderen von Herrn von Borsig aufgeworfenen Fragen wird sich, wenn auch nicht von einem Tag zum anderen, bei allseitigem guten Willen ein modus vivendi zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften finden lassen.

Nachdem Kollege Stegerwald in weiteren Ausführungen auf die neuen Aufgaben, staatsbürgerliche Bildung und politische Selbstverwaltung zu sprechen gekommen ist, bemerkt er über die wirtschaftliche Selbstverwaltung folgendes:

Ich habe diese allgemeinen Fragen in den Vordergrund gestellt, weil ich der Meinung bin, daß diese die wichtigsten sind und den Ausgangspunkt abgeben müssen für eine wirkliche Gemeinschaftsarbeit. Dabei verkenne ich, wie schon angedeutet, nicht die Tatsache, daß es für den Bestand und die praktische Arbeit einer Arbeitsgemeinschaft ebenso notwendig ist, sich über die Fragen des Tarifvertrages, des Schlichtungs- und Einigungswesens zu verständigen. In dem im „Deutschen" veröffentlichten Artikel, der zugleich die erste Antwort auf den Artikel des Herrn von Borsig war, habe ich diese Punkte im einzelnen erörtert und am Schluß bestimmte Fragen aufgeworfen. Eine konkrete Antwort auf diese meine Fragen habe ich von Herrn von Borsig nicht erhalten. Ich gehe deshalb wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß nach Meinung des Herrn von Borsig über die Fragen des Tarifvertrages, des Schlichtungs- und Einigungswesens, der Lohngestaltung usw. nur schwer eine Einigung gefunden werden kann. Wollen wir aber zu einer Verständigung auf der Grundlage der von mir angeführten allgemeinen Punkte kommen, muß auch der Weg zu einer Einigung in den anderen schwierigen Fragen gefunden werden. Es scheint mir sicher zu sein, daß wir in manchen Punkten, welche Gegenstand der Auseinandersetzungen sind, einiger sind, als nach außen hin scheint. So sehe ich z. B. den Tarifvertrag als den vornehmsten praktischen Ausdruck der Arbeitsgemeinschaft an und möchte nicht annehmen, daß Arbeitgeber, welche grundsätzlich zur Arbeitsgemeinschaft stehen, die Sache im Wesen anders ansehen. Dabei soll zugegeben werden, daß über Inhalt und Gestaltung des Tarifvertrages durchaus Meinungsverschiedenheiten bestehen können. Des weiteren halte ich die Ergänzung der heute mehr beruflich gegliederten und aufgebauten Tarife durch Werkstarife nicht für wirtschaftsfördernd. Je nach den Verhältnissen mag im Einzelfalle die Sachlage eine andere sein, jedoch wachsen nach meiner Auffassung im allgemeinen aus dem beruflichen Aufbau in konsequenter Anlehnung an den Berufsgedanken die besten Triebkräfte für die Wirtschaft. Soweit das Schlichtungs- und Einigungswesen in Betracht kommt, besteht in den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Beilegung von Streitigkeiten auf Grund von gemeinsamen Einrichtungen beider Parteien nicht nur dem Arbeitsgemeinschaftsgedanken besser entspricht, sondern auch in mancher anderen Beziehung der behördlichen Regelung vorzuziehen sein kann. Es gehört aber großes Verantwortungsgefühl und ein ausgeprägter Verständigungswille auf beiden Seiten dazu, ehe man den Staat hier entbehren und ausschalten kann.

Aus dem Dargelegten geht hervor, daß zwischen der von Herrn von Borsig auf der einen und der von mir auf der anderen Seite angestrebten neuen Arbeitsgemeinschaft ein fundamentaler Unterschied besteht. Herr von Borsig möchte zunächst die christlich-nationalen Gewerkschaften mit den wirtschaftsfriedlichen oder wie er es umschreibt „die Zusammenfassung der gesamten national eingestellten Arbeiterschaft" als „Grundlage einer nationalen Volks- und Arbeitsgemeinschaft" zusammengefaßt wissen. Er beklagt weiter „die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung als schweres Hemmnis für die deutsche Wirtschaft" und ruft aus: „Was wir Arbeitgeber wünschen, ist die Einheitlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung."

Demgegenüber sage ich: Auf dem von Herrn von Borsig in Aussicht genommenen Weg erzielt man weder die Einheitlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung" noch eine aktionsfähige neue Arbeitsgemeinschaft. Mein Versuch dagegen geht dahin, zunächst zwischen den Arbeitgeberverbänden und den christlich-nationalen Gewerkschaften, oder, wenn dieser Weg sich nicht als gangbar erweisen sollte, zwischen hervorragenden Führern der Wirtschaft und einer Reihe deutscher Arbeiterführer eine gewisse gedankliche Uebereinstimmung über den deutschen Wirtschaftsaufbau in Verbindung mit dem Staatsaufbau herbeizuführen und so neben die ständig wechselnden politischen Koalitionen im Reich eine Gemeinschaftsarbeit der Wirtschaft zu stellen, die sich allerdings auch praktisch in einer billigen Verständigung über Tagesfragen auswirken muß, um das Vertrauen zu dem neuen Weg so fest wie möglich zu fundamentieren. Diese Gemeinschaftsarbeit muß sich frei halten von wirtschafts- und staatspolitischen Extremen wie auch von veralteten reaktionären Anschauungen. Dann erst ist sie eine wahre Arbeitsgemeinschaft und wird nach entsprechenden Taten ganz von selbst in kurzer Zeit ein bedeutender Mittelpunkt unseres öffentlichen Lebens werden, um den sich alle sammeln und wozu alle mitarbeiten können, die guten Willens sind.

Die „ausgebeuteten" Unternehmer

Wir hatten in Nr. 32 unseres Organs unter der Ueberschrift „Immer das alte Lied" einen Artikel gebracht über die Ausführungen des Bergrats Groeber der Buderuswerke Wetzlar, die in dem Ausspruch gipfelten, daß die Unternehmer von den Arbeitern ausgebeutet würden. Daraufhin hat sich ein Kollege aus Landeshut, dem diese Ansicht denn doch etwas unglaubwürdig vorkam, an den Bergrat Groeber gewandt und um Aufklärung gebeten.

Den Schriftwechsel geben wir wieder:

Landeshut, 7. August 1924.

Hochwohlgeboren Herrn Bergrat Groeber, Wetzlar.

Euer Hochwohlgeboren!

Die von Ihnen auf der stattgefundenen Generalversammlung der Buderuswerke gemachten Ausführungen über die Lohn- und Arbeitnehmerfrage finden unser größtes Interesse. Auch in der schlesischen Arbeiterschaft machen sich zur Zeit wieder Gärungen bemerkbar, die von den Gewerkschaften begründet werden mit der Behauptung, daß die Lohnlage infolge der zu niedrigen Sätze und Kurzarbeit der Arbeiterschaft keine Existenzmöglichkeit biete.

Wir erachten es für notwendig, in aller Oeffentlichkeit einmal auch hier darauf hinzuweisen, daß die gegebenen Verhältnisse, in denen „der eine Teil stets der ausgebeutete ist, während der andere durch Drohungen und Massendruck sich Vorteile zu erringen weiß", unhaltbar sind. Daß dabei auf die Dauer nichts Gutes herauskommen kann, ist auch uns klar.

Wir dürfen Sie zu diesem Zwecke bitten (ohne zunächst die Angelegenheit in einem „offenen Briefe" in der Presse zu behandeln), uns eine kurze Mitteilung Ihrer finanziellen Verhältnisse als Bergrat und Mitglied des Aufsichtsrates der Buderuswerke — und damit des ausgebeuteten Teils — zu geben, mit der wir dann im obigen Sinne gerne der interessierten Allgemeinheit die „Unhaltbarkeit" solcher Verhältnisse illustrieren wollen. Sie werden sicher mit uns darüber übereinstimmen, daß ein Ausgleich dieser bestehenden Gegensätzlichkeiten unbedingt notwendig ist.

Wir sehen in diesem Sinne Ihrem geschätzten Bescheid gern entgegen und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung!

Antwort.

9. 8. 1924.

Herrn M., Landeshut.

Ihr Schreiben vom 7. d. M. ist mir zur Hand. Meine Ausführungen in der Generalversammlung der Buderuswerke, deren Vorstands-Vorsitzender ich bin, habe ich zunächst für unsere Aktionäre gemacht und sind alsdann auf dem üblichen Wege an die Oeffentlichkeit gelangt. Ich denke die dabei angeschnittene Frage der Gewerkschaften nicht weiter öffentlich auszuspinnen und muß die Wahrung der Interessen der Schwerindustrie nach dieser Richtung hin den in Betracht kommenden Spitzenverbänden überlassen. Demnach sehe ich auch davon ab, Ihnen die von Ihnen gewünschten weiteren Ausführungen zu machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Sollen wir dieser Antwort auch nur noch etwas zufügen? Wir glauben, sie spricht für sich selbst.

Verbandsgebiet

Eine bedenkliche Entwicklung in der Kölner Metallindustrie.

Nachdem die Inflation die völlige Zerrüttung unseres Zahlungsverkehrs herbeigeführt, und unsere Wirtschaft ausgepowert, unsere Waren verschleudert, ging die Regierung dazu über, eine feste Währung einzuführen. Die vorhandenen Geldmittel müßten in geschickter Weise verteilt werden, um den volkswirtschaftlichen Apparat überhaupt erst wieder in Gang zu bringen. Durch diesen Vorgang mußte naturgemäß die Produktion ins Stocken kommen, wodurch dem deutschen Volke neue Lasten auferlegt wurden. Mit dem Tragen dieser Lasten, und dem Bringen von Opfern konnte sich jeder einsichtige Mensch einverstanden erklären, wenn erstens eine den Verhältnissen entsprechende Preissenkung eingetreten wäre, zweitens die faulen Unternehmungen von der Bildfläche verschwunden wären.

Beides ist nicht eingetroffen, insbesondere sind die Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nicht im gewünschten Maße im Preise gesunken, sondern stehen absolut nicht im erträglichen Verhältnis zu dem Einkommen der Arbeiter.

Es wäre jetzt der Augenblick gekommen, wo alle Interessentengruppen sich zu einer gerechten Verteilung der Opfer zusammen fanden, aber weit gefehlt. Wir machen heute die Beobachtung, daß in weiten Arbeitgeberkreisen das Bestreben vorhanden ist, die ihnen zugedachten Lasten auf die sozial Schwächeren abzuwälzen, d. h. die Löhne der Arbeiter nach Möglichkeit zu drücken. Das Wort „Arbeitsgemeinschaft", welche nach der Revolution eine große Rolle gespielt, hat bedeutend an innern Wert verloren, bei einem großen Teil der Arbeitgeber existiert es überhaupt nicht mehr. Diese Ueberzeugung drängt sich einem unwillkürlich auf, wenn man, wie Schreiber dieses, an den Verhandlungen über die Stillegungsanträge teilgenommen hat.

In Köln z. B. sind in einem Monat 30 dieser Anträge bei der Regierung gestellt worden aus der Metallindustrie. Die Anträge stützen sich auf die Verordnung vom 8. Nov. 1920, bei deren Erlaß ganz andere Verhältnisse bestanden, also auf die Jetztzeit nicht mehr paßt.

Die vorgeschriebenen Untersuchungen über die Gründe zur Stillegung, werden von den Gewerbeinspektionen, unter Hinzuziehung der zuständigen Gewerkschaftsvertreter und des Betriebsrates vorgenommen. Der Unternehmer gibt eine Darstellung von der Lage des Betriebes. Als Gründe gibt man Geldmangel, keine Aufträge, das Fehlen von Rohstoffen, an. Den Gewerkschaftsvertretern ist es gestattet, Fragen zu stellen, die wie es manchmal scheint den Unternehmern sehr ungelegen kommen und deshalb wird von den Unternehmern gegen die Teilnahme der Gewerkschaftsführer protestiert. Erst nach Erklärung der Gewerbeinspektion, daß die Verordnung des Arbeitsministers diese verlange, fügt man sich ins Unvermeidliche. Selbst unter Anerkennung der schwierigen Verhältnisse, in der wir uns zur Zeit befinden, drängt sich einem das Gefühl auf, daß bei einigermaßen guten Willen manche Härten vermieden werden könnten, und noch andere Gründe mit bestimmend sind für das Verhalten der Unternehmer. Man wird das Gefühl nicht los, daß das durch die Gewerkschaften bis jetzt errungene Mitbestimmungsrecht wieder beseitigt werden soll. Alle Anzeichen deuten darauf hin.

Tiefbedauerlich ist es, wenn in einzelnen Verhandlungen festgestellt werden muß, daß ein Betriebsrat nicht besteht, und auf Befragen der Unternehmer erklärt: „Wir haben zur Wahl aufgefordert, die Arbeiter erklären uns, wir kommen ohne Betriebsrat aus." Nun, gerade in solchen Werten haben die Arbeiter erfahren, was es heißt, seine eigenen Rechte mit Füßen treten. Es ist kaum zu glauben, daß die Kollegen nicht merken, wie durch diese Nachlässigkeit und Rückgratlosigkeit den Unternehmern Material gegen das Betriebsräte-Gesetz an die Hand gegeben wird. In diesen Fällen sind durch die Anwesenheit der Gewerkschaftsführer manche frühzeitige Entlassungen verhindert worden.

Das vorher geschilderte, sowie das Verhalten der Unternehmer im allgemeinen, lassen erkennen, wohin die Reise gehen soll. Völlige Entrechtung der Arbeiterschaft, willenlose Werkzeuge im Interesse des Kapitals zu schaffen, ist Ziel. Entgegen diesen Bestrebungen gibt es nur ein Mittel: Zusammenschluß. Organisation. Nur dadurch kann das bereits Errungene erhalten und können Verschlechterungen abgewehrt werden.

R.

Branchenbewegung

Neuregelung der Gießereiabkommen.

Die mit den Arbeitgeberverbänden zentral und bezirklich in den letzten Jahren getroffenen Sonderregelungen für Former- und Gießereibetriebe haben sich nach Auffassung der Arbeitgeber als untragbar erwiesen. Zum Teil sind Neuabschlüsse getroffen oder aber die noch laufenden Abkommen sind gekündigt. In den neuen Vorschlägen, die den Gewerkschaften unterbreitet wurden, wird offensichtlich der Versuch gemacht, sowohl in der Lohnfrage wie auch besonders hinsichtlich der Vergütung des Ausschußgusses Verschlechterungen einzuführen, wie es die im Mai und Juni in Berlin stattgefundenen Verhandlungen mit dem Gesamtverband Deutscher Metall-Industrieller zur Genüge bewiesen haben.

Für den Bereich der Nordwestlichen Gruppe fand am 19. August 1924 in Essen eine Verhandlung statt und auch diese zeigte, daß unsere Former- und Gießereiarbeiter recht wenig zu erwarten haben, wenn sie nicht wachsam sind und den gut organisierten Former- und Gießereibetrieben eine gleiche Geschlossenheit gegenüberstellen.

Von den Metallarbeiterverbänden war beantragt, den Formern einen Zuschlag von 15 Prozent zum festgesetzten Tariflohn zu gewähren. Mit Recht wurde unsererseits darauf hingewiesen, daß eine besondere Bezahlung der Former, angesichts der Anforderungen, die an die Qualifikation des Formers gestellt würden, durchaus am Platze sei. Nicht nur die körperliche Befähigung des Formers sei zu berücksichtigen, sondern auch die geistige Eignung. Von der genauen Ueberlegung, Prüfung und Berechnung des Formers hänge nicht zuletzt das Gelingen der Arbeit ab.

Bestritten wurden diese Tatsachen von den Arbeitgebern nicht. Indes die Herren, welche sonst immer die Anerkennung des Leistungsprinzips fordern, gegen die Schematisierung der Löhne wettern, wollen mit Rücksicht auf die Außenseiter, die Folgen für andere Berufsgruppen usw. keine besonderen Lohnsätze für die Former vereinbaren.

Trotzdem die bisherige Vergütung des Ausschußgusses, gemäß dem alten Abkommen, nur einem Gebote der Billigkeit Rechnung trug, soll sich die Regelung als untragbar erwiesen haben.

Vom Vertreter der Firma Krupp A.-G., Annen, wurde sogar behauptet, daß eine Minderung des Ausschußgusses erst jetzt festgestellt werden könne, nachdem die frühere Entschädigung nicht mehr gezahlt würde. Es wird Sache der Former sein, diese Behauptung nachzuprüfen. Wir sind der Ansicht — und haben das auch den Arbeitgebern gegenüber zum Ausdruck gebracht —, daß jeder Former seiner Stolz darin setzt, ein Stück Arbeit zu liefern, welches den berechtigten Anforderungen entspricht. U. E. wäre es aber durchaus angebracht, wenn einmal festgestellt würde, welche Möglichkeiten sind den Gießereien heute geboten, um gute, saubere Gußstücke zu liefern. Gar vielfach lassen die technischen Einrichtungen sehr zu wünschen übrig. Gute, brauchbare Kasten, entsprechendes Verbaumaterial, Formmasse usw. fehlen.

Die bisherige bezirkliche Regelung hat sich nach Ansicht der Arbeitgeber als „untragbar" erwiesen, und an deren Stelle sollen werkliche Vereinbarungen treten.

In der Lehrlingsfrage wurde gleichzeitig eine Berücksichtigung der gestellten Anträge abgelehnt. Die Lehrlinge melden sich angeblich heute in Massen, also, um den Gedankengängen der Arbeitgeber zu folgen, muß es in Formerberufen recht günstig gestellt sein. Früher hieß es anders und mit Recht. Denn in der Vorkriegszeit war ein Andrang von Lehrlingen zum Formerberuf durchaus nicht mehr zu verspüren. Aerzte und Lehrer warnten aus guten Gründen vor einem Berufe, der ganz besonders nach der gesundheitlichen Seite so große Gefahren in sich birgt. Wenn gegenwärtig ein stärkerer Zustrom auf Grund der geringen Möglichkeiten, Lehrlinge in anderen Berufen unterzubringen, zu verzeichnen ist, so freuen wir uns dessen. Trotzdem sollte man dann aber gerade Verständnis dafür zeigen, daß den Lehrlingen hinsichtlich der Bezahlung usw. besondere Vorteile geboten werden.

Die Arbeitgeber lassen keinen Zweifel darüber aufkommen. In den Former- und Gießereibetrieben will man selbst bestimmen, nicht in Verhandlung von Organisation zu Organisation, nein, werklich, wie es die „Gelben" so sehnlichst wünschen, soll „festgelegt und vereinbart" werden, was die Arbeitgeber, nicht aber die Former und Gießereiarbeiter verlangen.

Demgegenüber müssen sich die Kollegen darin einig sein, daß mit Nörgeln und Schimpfen ihr Einfluß nicht gestärkt werden kann. Ausschlaggebend ist, daß ebenso wie in alter Zeit ein gesundes Standesbewußtsein Platz greift, in treuem, entschiedenem Zusammenhalt in der Organisation die Bahn freigemacht für Lohn- und Arbeitsbedingungen, die unseren berechtigten Anforderungen entsprechen.

W. A.

Bekanntmachung

Sonntag, dem 7. September, ist der 37. Wochenbeitrag fällig.

Briefkasten

Pf. Rendsburg. Du brauchst nur eine sehr übersichtliche und genaue Zeichnung einzusenden. Ein Miniaturmodell ist nicht erforderlich. Die Anschrift lautet: Patentamt Berlin.

K. Magdeburg. Deine Illustrierung des Dötsch traf den Nagel auf den Kopf und ist auch nicht mißverstanden worden. Ein Kollege des Herrn Dötsch, der Führer der christlich-sozialen Volkspartei in Sachsen, Heßlein, der bekanntlich auch auf die alten Gewerkschaftsführer in Versammlungen zu Felde zog, ist ja laut Pressemeldungen in beträchtliche Nähe des sozialistischen „November-Kapitalisten" Sklarz gerückt. Und ausgerechnet solche Leute ziehen gegen alte christliche Gewerkschaftler los.

Die evangelischen Arbeiter gegen konfessionelle Gewerkschaften

In letzter Zeit ist mehrfach versucht worden, für rein evangelische Gewerkschaften Propaganda zu machen. Es handelt sich meist um Schwärmer, die von wirtschaftlicher Interessenvertretung und praktischer Gewerkschaftsarbeit keine Ahnung haben. Eine Konferenz evangelischer Arbeiterführer hat gegen diese konfessionelle Zersplitterungsarbeit bereits vor einiger Zeit Stellung genommen, wie in Nr. 31 unseres Verbandsorgans berichtet wurde. Am 9. August hat nun eine große Evangelisch-soziale Führertagung in Bethel bei Bielefeld, einberufen von den evangelisch-sozialen Organisationen Deutschlands, zu dieser Angelegenheit Stellung genommen. Die von dem Reichstagsabgeordneten Kollegen Behrens geleitete Tagung war gleichzeitig ein starker Widerhall zu der sozialen Botschaft des Evang. Kirchentages.

Pfarrer Dr. Mumm, M. d. R., ein Neffe Adolf Stoeckers, sprach dort über „Die soziale Aufgabe des evangelischen Volkes." Er legte die religiös-sittliche Verpflichtung des evangelischen Volkes zur Förderung gesunder sozialer Bestrebungen dar. Im Kampf gegen die soziale Nluft in Deutschland brauchen wir nicht nur Maßnahmen, sondern Menschen, soziale Persönlichkeiten. Darum müssen wir evangelische Standesvereine zur Gesinnungspflege haben und es sei festzuhalten an den gemeinsamen christlichen Berufsorganisationen evangelischer und katholischer Arbeitnehmer zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Für die Durchführung jeder christlichen und sozialen Politik sind die Evangelischen und die Katholiken in Deutschland aufeinander angewiesen und es gibt keine deutsche Volksgemeinschaft ohne friedliche Gemeinschaftsarbeit beider Konfessionen.

In der Aussprache erklärte Missionsdirektor Dr. Schreiber als Vertreter des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses das **unbeugsame Festhalten der evang. Kirche an ihrem sozialen Programm.** — Generalsekretär Koll. Baltrusch sagte bezugnehmend auf die Presse-Aussprache zwischen Herrn von Borsig und Stegerwald u. a.: Eine auf der Anerkennung der beiderseitigen Lebensinteressen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber beruhende **Arbeitsgemeinschaft** ist die Voraussetzung für das Gelingen des deutschen Wiederaufstiegs. — Oberpräsident a. D. Exz. Hegel, Magdeburg, wünschte eine größere Aktivität der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in dem rein evangelischen Mitteldeutschland. — Geschäftsführer Wiegand vom Bielefelder Arbeitgeberverband wünschte, daß die evangelischen Arbeitgeber sich mehr ihrer Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche und ihren Grundsätzen bewußt werden möchten. Unbedingt notwendig sei auch eine Orientierung zur Volksgemeinschaft und der Wille zur Arbeitsgemeinschaft. Nur auf diesem Wege gäbe es einen Wiederaufbau. Auf seine Anregung wurde eine Entschließung gefaßt, in der „bewußt nationale und evangelische Arbeitgeber ersucht werden, eine Vereinigung christlich-nationaler Arbeitgeber zu erwägen." Dann gelangte einstimmig eine **Entschließung** zur Annahme, in der „die soziale Botschaft der Kirche freudig begrüßt wird. Von größter Bedeutung seien die Stellen der Kundgebung, die die Arbeits- und Volksgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und damit die soziale Gleichberechtigung der Arbeitnehmer aussprechen."

Einen zweiten Vortrag hielt Kollege Dudey, Duisburg, über **„Die evangelische Arbeiterbewegung."** Nach einer kurzen Schilderung der Entstehung und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland, insbesondere der Christlichen Gewerkschaften und der Evangelischen Arbeitervereine, wurde auf die Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften eingegangen, die gemeinsam evangelische und katholische Arbeiter umfassen, weil wirtschaftliche Interessen nicht nach konfessionellen Gesichtspunkten zu vertreten sind. Wer wollte wohl konfessionelle Gründe für den Abschluß von Tarifverträgen anführen? Wohl gilt es für allgemein christliche Feiertage einzutreten. Konfessionelle Gewerkschaften schließen auch die Gefahr in sich, unter geistliche Führung zu kommen, wie es z. B. bei den jammerlichen Schweizer evang. Gewerkschaften der Fall ist. Wie soll aber die Geistlichkeit in Lohnkämpfen entscheiden, wo sie doch gleichmäßig für alle Stände einzutreten hat. Eine Gewerkschaftsbewegung muß vollkommen **selbständig** und unabhängig von Einflüssen anderer Stände sein. Konfessionelle Gewerkschaften werden von allen maßgeblichen, weitblickenden Arbeiterführern abgelehnt; sie werden auch keine Bestandsfähigkeit haben. Vor allem aber ist in dem konfessionell gespaltenen Deutschland eine Zusammenarbeit beider Konfessionen, ein Zusammenhalten evangelischer und katholischer Arbeiter notwendig gegenüber der roten Flut. Die Interkonfessionalität der christl. Gewerkschaften ist ihr stärkstes Fundament.

Leider haben sich die evangelischen Arbeiter vielfach von den christlichen Gewerkschaften fernhalten lassen. Die Ursache liegt zum Teil auch darin, daß die evangelische Kirche in der Vergangenheit Zurückhaltung gegenüber sozialen Fragen geübt hat. Das ist durch die erfreuliche Stellungnahme des Deutschen evangelischen Kirchentages anders geworden. Die am 17. Juli 1924 in Bethel erlassene soziale Kundgebung besagt: „Die Freiheit zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß darf nicht unterbunden werden!" Der evangelische Flügel in den Christlichen Gewerkschaften ist heute auf etwa 35 Prozent angewachsen. Nimmt man die verhältnismäßig mehr evangelische Mitglieder umfassenden Angestellten- und Beamtengewerkschaften hinzu, so mögen im deutschen Gewerkschaftsbund beide Konfessionen etwa je zur Hälfte vertreten sein.

Die Aufgaben der Christlichen Gewerkschaften sind Hebung der leiblichen und geistigen Lage der Berufsgenossen nach christlichen und volkswirtschaftlichen Grundsätzen. Die Christlichen Gewerkschaften bekennen sich zum nationalen Gedanken und erstreben die Volksgemeinschaft. Parteipolitik wird den politischen Parteien überlassen.

Eine notwendige Ergänzung bilden die evangelischen Arbeitervereine, deren alter Führer D. Weber auch an der Wiege der Christlichen Gewerkschaften gestanden hat. Auf dem Boden des evangelischen Bekenntnisses betreiben die evangelischen Arbeitervereine eine Stärkung des evangelisch-christlichen Lebens, sie pflegen die Liebe zum Vaterland und stellen ihre soziale Arbeit ins Licht des Evangeliums. Einer besonderen Pflege bedarf der Berufsgedanke. Nach dem Reformator Luther soll die Arbeit nicht nur „Erwerb", sondern in erster Linie „Beruf" sein. Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein. In den evangelischen Arbeitervereinen als Standesvereinen ist die Gesinnungspflege zu betreiben, die die Grundlage für die praktische Arbeit bei der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Christlichen Gewerkschaften bildet.

So sind Evangelische Arbeitervereine und Christliche Gewerkschaften eine unbedingte Notwendigkeit und sie sind auf gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit angewiesen. Die hie und da an den Christlichen Gewerkschaften geübte Kritik hat vielfach einen Mangel an Mitarbeit zur Ursache. Die Heranziehung des Führernachwuchses und seine Heranbildung durch die Evangelisch-soziale Schule in Spandau sollte nach Kräften gefördert werden. Sie werden in den vorwiegend evangel. Gegenden Mitteldeutschlands ein großes Missionsfeld finden. Adolf Stoecker tat 1891 den Ausspruch: „Deutschland endet nicht in der Sozialdemokratie und die Reformation nicht im Unglauben; Deutschland und die Reformation haben noch ein Zukunft!"

Darum **hinein in die Evangelischen Arbeitervereine,** wo die Gesinnungspflege zu betreiben ist. **Hinein in die Christlichen Gewerkschaften,** um an dem wirtschaftlichen Aufbau des Vaterlandes mitzuwirken. Es ist der Christen sittliche Pflicht, ihre ganze Kraft in die Wagschale zu werfen, nicht nur im Weltanschauungskampf, sondern auch im Kampf zwischen Kapital und Arbeit, damit zwischen beiden Faktoren ein gerechter Ausgleich geschaffen wird, auf Grund des größten sozialen Gebotes aller Zeiten: „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst!" Christentum, Nationalbewußtsein und soziales Gerechtigkeitsgefühl müssen im deutschen Volke, in der deutschen Arbeiterschaft wieder gestärkt werden. Nur durch **christlich-sittliche Erneuerung** kommen wir zu einer Gesundung unseres Volkslebens und zu wahrer **deutscher Volksgemeinschaft.**

Im Anschluß an eine lebhafte und ausgiebige Aussprache wurde eine **Entschließung** angenommen, die sich gegen die konfessionellen Gewerkschaften und **für die christlichen Gewerkschaften** und die Evang. Arbeitervereine ausspricht und in Nr. 35 unseres Verbandsorgans bereits zum Abdruck gelangte. An unseren evangelischen Verbandskollegen liegt es, im Sinne dieser Entschließung zu wirken.

Schriftleitung: Georg Wieber. Verlag: Franz Wieber, Duisburg. Druck: Vereinigte Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m.b.H. (Echo vom Niederrhein & G. Köllen), Duisburg.